



öffentlich

Betreff:

Bürgerbeteiligung in der Potsdamer Mitte fortsetzen

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 20.03.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.04.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, beginnend mit dem 2. Halbjahr 2017 mindestens halbjährlich eine Informationsveranstaltung zur weiteren Gestaltung der Potsdamer Mitte durchzuführen. Zu diesen öffentlichen Veranstaltungen sind insbesondere die Anwohnenden des Alten Marktes und des unmittelbaren Umfeldes einzuladen.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt, ein Beteiligungsgremium einzurichten, mit dem die weiteren Schritte zur Gestaltung der Potsdamer Mitte beraten und diskutiert werden.

In diesem Gremium soll auch Potsdamerinnen und Potsdamern aus den verschiedenen Stadtteilen die Gelegenheit zur Mitwirkung eingeräumt werden, um die weiteren Gestaltungsschritte aus unterschiedlichen Bezugspunkten heraus zu begleiten.

Ein entsprechender Vorschlag ist der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2017 vorzulegen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nach längeren Vorbereitungen und heftigen Auseinandersetzungen geht es jetzt in die konkrete Umsetzung der weiteren Gestaltung der Potsdamer Mitte. Diese Prozesse sollten so transparent wie möglich gestaltet werden. Dazu gehören regelmäßige Informationsveranstaltungen insbesondere für die unmittelbar betroffenen Anwohner des Alten Marktes, die aber auch für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich sein sollen.

Zudem soll ein Beteiligungsgremium gebildet werden, mit dem stadtübergreifend eine kontinuierliche Beteiligung gesichert werden soll. Deshalb sollten Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Stadtteilen in dieses Gremium aufgenommen werden.

Dabei sollten die Erfahrungen der WerkStadt für Beteiligung genutzt werden.